Stellungnahme zum regionalen Gewerbeschwerpunkt

Wir stellen uns klar gegen Behauptungen anderer Fraktionen, dass es nur mit einem "Ja" beim Bürgerentscheid und nur mit einem Gewerbeschwerpunkt eine zukunftsorientierte bzw. wirtschaftliche Weiterentwicklung Schwieberdingens gäbe. Diese Schlussfolgerung ist so nicht richtig. Auch mit einem "Nein" beim Bürgerentscheid bleibt Schwieberdingen nicht auf der Stelle stehen, sondern würde die bereits im Flächennutzungsplan vorhandenen Erweiterungsflächen entwickeln. Hier stehen bis zu 5 ha für lokales Gewerbe und bis zu 17 ha für die Fa. Bosch zur Verfügung. Mit diesen Arealen lassen sich Einnahmen erzielen, und zwar solche, die nicht mit anderen Gemeinden, wie im Fall eines regionalen Gewerbeschwerpunkts, geteilt werden müssten. Die Gemeindeverwaltung ist bisher leider vorwiegend den Weg gegangen, dieses eigene Potential nicht zu nutzen und konnte damit mehrfach die Wünsche ortsansässiger Firmen nach Erweiterungsmöglichkeiten in Schwieberdingen nicht bedienen. Als Folge haben sich bereits Firmen aus Schwieberdingen verabschiedet und zahlen hier keine Gewerbesteuern mehr. Dieser Trend muss gestoppt werden.

Wir haben uns stets **für eine lokale Entwicklung** und kritisch gegenüber einer regionalen Entwicklung Schwieberdingens ausgesprochen. Lokale Betriebe mit Firmensitz in Schwieberdingen bringen effektiv mehr Gewerbesteuern ein, als jede Firma, die Schwieberdingen nur als Außen- oder Teilstandort nutzt. Wir bauen auf die Leistungsfähigkeit des bestehenden Gewerbegebiets inkl. seiner potentiellen Erweiterungsflächen. Wir unterstützen das Schwieberdinger Handwerk und den Mittelstand, die u.a. auch vielfältige Ausbildungsangebote bereithalten. Genau hier müsste die Wirtschaftsförderung greifen und sich nicht einem überregionalen Wachstumswettlauf ergeben, der sich in Schwieberdingen nur mit einem großflächigen Verbau der Landschaft, einer deutlichen Erhöhung der Schadstoff- und Lärmemissionen und einer drastischen Verschärfung der Verkehrsproblematik zeigen würde. Auf die Planungen zum Ausbau der B10 hat der Gewerbeschwerpunkt nachweislich keinen Einfluss. Zudem wäre mit einem regionalen Gewerbeschwerpunkt die Bildung eines Zweckverbands mit anderen Gemeinden verpflichtend. Hier hat man dann die Entwicklung Schwieberdingens eben nicht mehr selbst in der Hand.

Der regionale Gewerbeschwerpunkt ist auch nicht notwendig, um das bereits im Flächennutzplan angedachte neue **Wohngebiet Zollstöckle II** zu entwickeln. Wohnraum zu schaffen ist eine sehr gute Möglichkeit stabile Einnahmen für unsere Gemeinde zu erzielen. Die Einkünfte aus dem Anteil an der Einkommenssteuer liegen in Schwieberdingen bereits mehrfach über denen der Gewerbesteuer und sind daher für uns eine weiter ausbaufähige Haupteinnahmequelle.

Zusammenfassend kommen wir zum Schluss: Es geht beides: **Eine nachhaltige und lokale Weiterentwicklung Schwieberdingens** mit den bestehenden Flächen aus dem Flächennutzungsplan und den **Erhalt von besten Ackerböden höchster Güte**. Wir setzen uns daher klar für ein **"Nein" beim Bürgerentscheid** am 14.07. ein. Es geht auch ohne regionalen Gewerbeschwerpunkt.

Für die ABG-Fraktion, gemeinschaftlich verfasst von:

Michaela Reinold, Mark Schachermeier, Andreas Streit